



# Blickpunkte

## Inhalt

Euro-Krise: Solidität und Solidarität

SPD beendet Parteitag

Schwarz-Gelbe  
Zwei-Klassen-  
Medizin

Solidarische Gesundheitspolitik

Schwarz-gelb wird zum Konjunkturrisiko

Schwarz-gelb gefährdet die kommunale Abfallwirtschaft

Kinderschutzgesetz verbessern

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

- U3-Betreuung weiter ausbauen
- Kein schnelles Internet für alle

V.i.S.d.P.:  
Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Redaktion:  
Dr. Marc Schrammeyer  
Postfach 11 56  
48600 Ochtrup  
Tel. 02553/9771053  
Fax 02553/9771054  
[buero.ochtrup@arndt-brauer.de](mailto:buero.ochtrup@arndt-brauer.de)



Liebe Leserinnen und Leser,

Die Euro-Krise bestimmt derzeit nach wie vor die aktuelle politische Diskussion und ein Ende ist nicht ersichtlich. Ob die jetzt beschlossenen Maßnahmen tatsächlich die Krise beenden werden, kann heute noch niemand sagen. Viele Informationen haben eine sehr geringe Halbwertszeit. Die Bundesregierung reagiert nur auf die Märkte, ohne dass Ansätze in der aktuellen Politik zu erkennen sind, wie man das Heft des Handelns wieder erlangen will. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung nicht versteht oder verstehen will, dass es um zentrale politische Fragen geht, die vom Bundestag zu entscheiden sind und nicht kleinen Gremien in Hinterzimmern vorbehalten werden dürfen.

Inzwischen steckt nicht mehr nur Griechenland in einer Rezessions-Schulden-Spirale. Auch Portugal ist hineingerutscht und hat große Probleme, die Konsolidierungsziele zu erreichen. Sogar Italien als drittgrößte europäische Volkswirtschaft wird jetzt massiv von der Krise erfasst. Mehr noch, auch die Anleihen von bestbewerteten Ländern wie Frankreich sind nur noch mit Zinsaufschlägen zu platzieren. Die Kettenreaktion hat den Kern der Eurozone erreicht. Dabei schlägt jetzt zum zweiten Mal nach 2008 eine Finanzkrise auf die Realwirtschaft durch. Die Eurozone rutscht 2012 in die Rezession ab. Deutschland bleibt davon nicht unberührt. Das ist Merkels Rezession. Denn aus der Abwärtsspirale einer Schulden- und Vertrauenskrise, die durch den Wirtschaftseinbruch weiter verschärft wird, kommen wir mit einseitigen Kürzungsprogrammen und mit einer Politik des erhobenen Zeigefingers nicht heraus. Die jüngsten Beschlüsse zeigen deutlich eine Gefahr: das Europa sich aufspaltet.

Europa braucht eine Umkehrung dieser Logik der Spaltung. Wir brauchen ein unzweifelhaftes politisches Signal der gemeinsamen Handlungsfähigkeit. Und wir brauchen ein europäisches Modernisierungs- und Investitionsprojekt, das die Weichen Richtung Realwirtschaft stellt und ein neues nachhaltiges Wachstumsmodell ermöglicht. Es kann nicht sein, dass aus erschöpften Staatshaushalten oder mit der Lohnsteuer der Arbeitnehmer derartige Gestaltungsaufgaben bezahlt werden und die Finanzbranche auf der anderen Seite jedes Jahr neue Rekordgewinne in Milliardenhöhe verbucht. Wir brauchen neue Regeln an den Finanzmärkten. Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer, um dieses Programm zu finanzieren. Dieser Neuaufbau bringt nicht nur die Hoffnung zurück, die Europa verloren hat, sondern wird auch die Anleger interessieren, die heute dem Euroraum den Rücken kehren.

Was wir brauchen, ist ein umfassender Neustart der Währungsunion, der neben einer wirksamen Schuldenkontrolle auch Steuerdumping verhindert. Vor allem brauchen wir die demokratische Legitimation dieser Schritte. Zusammenhalt und wirtschaftlicher Aufschwung bringen Stabilität.

Ihre

*Ingrid Arndt-Brauer*





# Blickpunkte

## Solidität und Solidarität

Mit der Unterstützung des Ökonomen Professor Dr. Peter Bofinger haben die Spitzen von SPD und Grünen ein 12-Punkte-Papier verfasst, das vor dem neuerlichen Euro-Krisen-Gipfel die gemeinsame Kritik an der Politik von Angela Merkel zusammenfasst. Einer der Kernpunkte: Der Euroraum darf nicht an der Engstirnigkeit der deutschen Regierung scheitern.

### Das 12-Punkte-Papier



© Wulff / pixelio.de

### 1. Die Bundesregierung verfolgt in der Eurokrise ...

... seit Monaten eine eindimensionale Strategie, die die europäischen Finanzmärkte massiv destabilisiert und damit zugleich den Euroraum an den Rand der Rezession geführt hat. Die OECD warnt in ihrem jüngsten Wirtschaftsausblick sogar vor „verheerenden Konsequenzen“ („devastating outcomes“). Mit einem Festhalten an ihrem Kurs gefährdet die Bundesregierung die wirtschaftliche und politische Zukunft

Europas und sie schadet dem Ansehen Deutschlands.

### 2. Das Grundproblem der deutschen Strategie ...

... ist eine völlig einseitige Diagnose der nunmehr seit mehr als vier Jahren andauernden Krise. In den Augen der Bundeskanzlerin sind die aktuellen Probleme des Euroraums ausschließlich auf eine unkontrollierte Verschuldung der Staaten zurückzuführen. Damit ist für sie auch die Lösung klar definiert. Die Krise kann nur dadurch gelöst werden, dass sich alle Staaten konsequent darum bemühen, die Verschuldung so schnell wie möglich abzubauen. Zukünftige Fehlentwicklungen sollen durch eine Umgestaltung der Europäischen Verträge verhindert, so dass die unsolide Haushaltspolitik eines Mitgliedslandes möglichst konsequent und am besten automatisch sanktioniert wird.

Bei dieser eindimensionalen Sichtweise ist es naheliegend, dass die Bundesregierung alle Formen einer gemeinschaftlichen Haftung ebenso ablehnt wie Anleihekäufe der EZB, da dadurch der als dringend erforderlich angesehene Konsolidierungszwang abgeschwächt wird.

### 3. Es bedarf eigentlich keiner sehr tiefen Analyse, um ...

... zu erkennen, dass die derzeitigen Erschütterungen des Euroraums nicht allein durch eine zu hohe Verschuldungsneigung der Staaten, sondern ebenso zu einem erheblichen Teil auf gravierende Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten zurückzuführen sind. So galten Irland und Spanien im Jahr 2007 als Staaten mit mustergültigen öffentlichen Finanzen. Ihre Haushalte wiesen einen Überschuss auf und die Schuldenstandsquote lag mit 29 Prozent bzw. 42 Prozent weit unter der 60-Prozent-Grenze des Vertrags von Maastricht. Das Problem lag hier in einer ungezügelter Kreditvergabe, die zu einer gigantischen Immobilienblase führte. Nach deren Platzen mussten in die Staaten nicht nur die Banken stabilisieren, sondern zugleich umfangreiche öffentliche Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen einsetzen.

### 4. Die so entstandenen hohen Defizite und ...

... der damit verbundene Anstieg des Schuldenstands sind jedoch keine Besonderheit des Euroraums. Sie sind in ähnlicher und teilweise noch ausgeprägterer Form im Vereinigten Königreich



# Blickpunkte

und in den Vereinigten Staaten zu finden. Wenn sich daraus eine so gravierende Destabilisierung des Euroraums entfalten konnte, ist das wesentlich auf falsche Signale der Bundesregierung zurückzuführen, die immer weiter dazu beitragen, die Sicherheit europäischer Staatsanleihen infrage zu stellen. Es ist aber genau diese Sicherheit von Staatsanleihen in Europa und in der Euro-Zone, die in allen Regulierungen für Banken und Versicherungen als absolut sichere Anlagekategorie galten.

Der lange Zeitraum über den hinweg diese prinzipielle Sicherheit von Staatsanleihen nun bereits vor allem durch die deutsche Bundesregierung infrage gestellt wurde, hat inzwischen zu einer Verunsicherung in der gesamten Euro-Zone geführt. Auf eine europäische Herausforderung lediglich mit Anforderungen an nationale Sparprogramme zu reagieren ist eine der wichtigsten Ursachen für die dramatische Entwicklung der Krise.

Diese Entwicklung ist für die Mitgliedsländer der Währungsunion besonders bedrohlich, da sie anders als Japan, das Vereinigte Königreich oder die Vereinigten Staaten nicht über den Rückhalt einer nationalen Notenbank verfügen, die im Notfall bereit und in der Lage ist, die Rückzahlung fälliger Anleihen stets zum Nennwert zu garantieren und mit einer für alle beteiligten Staaten gemeinsamen, verbindlichen und durchsetzbaren Finanz-, Budget- und Stabilitätspolitik zu verbinden. Zusätzlich untergraben wurde das Vertrauen in Anleihen des Euroraums durch eine „Hebelung“ der EFSF, womit für die Märkte ein deutliches Signal ge-

setzt wurde, dass man bei Anleihen Italiens oder Spaniens mit einem Schuldenschnitt von 20% oder mehr zu rechnen habe.



© Wandersmann / pixelio.de

## 5. Die dadurch ausgelöste Verunsicherung der Märkte ...

... war so groß, dass die in den Jahren 2010 und 2011 unternommenen eindrucksvollen Sparbemühungen der Problemländer überhaupt nicht wahrgenommen wurden. Trotz einer sich teilweise stark abschwächenden Konjunktur ist es in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien gelungen, das Haushaltsdefizit im Jahr 2011 um bis zu 6,8 Prozentpunkte unter das Niveau des Jahres 2009 zurückzuführen. Es gehört zu den großen Versäumnissen der Bundesregierung, dass sie diese erfolgreichen und für die Bevölkerung der betroffenen Länder sehr schmerzhaften Anstrengungen der deutschen Öffentlichkeit gegenüber nahezu völlig unterschlägt. Die Bemühungen der Problemländer werden besonders deutlich, wenn man sie mit die Haushaltsentwicklungen in Japan, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten vergleicht, die in der gleichen Phase nur eine leichte Besserung erkennen lassen; in Japan hat sich das Defizit sogar erhöht.

## 6. Es ist deshalb sehr naiv ...

... zu glauben, dass die Lage auf den Finanzmärkten wie auch die realwirtschaftliche Entwicklung nur und ausschließlich mit weiteren Konsolidierungsmaßnahmen in den Problemländern stabilisiert werden könne. Maßnahmen zur Konsolidierung sind richtig und wichtig. Klare Aussagen zur Zukunft der Eurozone und zur gemeinschaftlichen Haftung innerhalb einer Währungsunion gehören jedoch unabdingbar dazu. Auf das Pferd der Konsolidierung zu setzen ist in konjunkturell ungewissen Zeiten immer ein Ritt auf der Rasierklinge. Dies gilt insbesondere für Italien. Nach den derzeitigen Planungen wird sich das Defizit dieses Landes im Jahr 2012 um zwei Prozentpunkte verbessern. Gleichzeitig erwartet die OECD, dass es in Italien im nächsten Jahr zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts kommen wird. Wenn man in einer solchen Konstellation weitere Einsparungen im öffentlichen Sektor unternimmt, ist die Gefahr groß, dass sich die konjunkturelle Situation weiter verschlechtert. Da sich dies negativ auf das Defizit und den Schuldenstand auswirkt, ist zu erwarten, dass die Finanzierungsprobleme des Landes weiter zunehmen. Durchaus sinnvoll wäre in Italien aber eine Vermögensabgabe in relevanter Höhe, um die sehr hohen Privatvermögen im Land zur Reduzierung der Staatsschulden mit einzubinden. Dies würde die Akzeptanz der restlichen Sparmaßnahmen sowie eventueller Kredithilfen erhöhen.



# Blickpunkte

## 7. Bei einer nüchternen Diagnose ...

... der Probleme des Euroraums wird somit zu einem deutlich, dass diese zu einem erheblichen Teil auf Fehlentwicklungen der Finanzmärkte im letzten Jahrzehnt zurückzuführen sind. Zum anderen ist nicht zu übersehen, dass die akute Verschärfung der Situation nicht allein mit mangelnden Sparanstrengungen der Problemländer, sondern ebenso durch eine Verunsicherung von Banken, Versicherungen und anderen Investoren, ausgelöst durch missverständliche und unklare politische Signale, zu erklären ist. Dies hat zu einem Teufelskreis geführt, bei dem sich über steigende Zinsen für Staatsanleihen immer Länder nicht nur einem Liquiditäts-, sondern auch einem Solvenzproblem gegenüber sehen. Da damit die Eigenschaft der Staatsanleihen als sicherer Kern des Finanzsystems in Frage gestellt wird, gefährdet dieser Prozess die Stabilität von Banken und Versicherungen. Da dies zu Einschränkungen bei der Kreditvergabe führt, werden zusätzliche negative Rückkopplungseffekte auf die Realwirtschaft ausgelöst.

## 8. Wenn die Bundesregierung in einer solchen Situation gebetsmühenhaft ...

... immer weitere Konsolidierungsmaßnahmen fordert und gleichzeitig alle Schritte, die zu einer Beruhigung der Finanzmärkte beitragen könnten, kategorisch ablehnt, gefährdet sie die Stabilität der Europäischen Währungsunion und des gesamten europäischen Finanzsystems. Zugleich nimmt sie billigend in

Kauf, dass es zu einer schweren Rezession im Euroraum kommen kann. In den Problemländern mit einer ohnehin beängstigend Jugendarbeitslosigkeit würde dies die Haushaltskonsolidierung ebenso gefährden wie die politische Stabilität. Da Deutschland für solche Entwicklungen zu Recht die politische Verantwortung zugeschrieben würde, würde das Ansehen unseres Landes im Ausland erheblichen Schaden nehmen.



© Wulff / pixelio.de

## 9. Für die Lösung der akuten Krise ...

... ist ein ähnliches Vorgehen erforderlich, wie es im Herbst 2008 erfolgreich zur Stabilisierung des Bankensystems angewendet wurde. Zuerst wurde das System stabilisiert, die erforderlichen Regeländerungen zur Vermeidung künftiger Fehlentwicklungen kamen als zweiter Schritt. Damals wurde ein drohender Bank-Run dadurch abgewendet, dass die Regierungen die Sicherheit aller Bankeinlagen garantierten. Heute kommt es darauf an, das Vertrauen in die Staatsanleihen der Mitgliedsländer des Euroraums wieder herzustellen. Der gemeinsame Vorschlag des Sach-

verständigenrates der Bundesregierung zur Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Schuldentilgungsfonds ist dafür der richtige Weg. Eine schnelle Realisierung dieses Schuldentilgungsfonds – verbunden mit ersten Schritten zu einer echten europäischen Fiskalunion in der Eurozone – ist die letzte Möglichkeit, das Vertrauen in die Staatsanleihen des Euroraums wiederherzustellen. Der Schuldentilgungsfonds verbindet ein klares politisches Bekenntnis zur gemeinsamen Eurozone und einer gemeinschaftlichen Haftung mit den notwendigen Solidaritätsanstrengungen der Länder für tragfähige Haushalte. Wir erweitern die Fiskalunion der Bundesregierung zu einer Solidarunion. Denn nur mit Solidarität unter den Euro-Staaten können wir die Stabilität unserer Währung garantieren. Kurzfristig muss dazu auch der vorläufige Rettungsschirm genutzt und der permanente Stabilitätsmechanismus zeitlich so weit wie möglich nach vorn gezogen werden. Der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) könnte der Nukleus eines Europäischen Währungsfonds werden. Ohne ein solches Instrument wird die Europäische Zentralbank in die Rolle gezwungen, eine drohende Kernschmelze des Finanzsystems abzuwenden. Statt eines rechtlich und demokratisch legitimierten und politisch verantworteten Handels würden damit Bankvorstände in der EZB die Rolle der Politik übernehmen. Zudem erhöht sich das Risiko auch für die deutschen Steuerzahler mit jedem weiteren Aufkauf von Anleihen der Krisen-



# Blickpunkte

staaten durch die EZB. Dies gilt es zu verhindern.



© Sturm / pixelio.de

## 10. Wir brauchen jetzt ein Europäisches Aufbauprogramm

...

... mit dem klaren Vorrang von Investitionen in die Realwirtschaft. Wir brauchen in Europa eine soziale und ökologische Transformation mit dem Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in den Leitmärkten der Zukunft. Wir brauchen eine europäische Initiative zur Bekämpfung der Jugend Arbeitslosigkeit. Wir brauchen die Besteuerung der Finanzmärkte. Die Verursacher der Krise müssen bei ihrer Bewältigung mithelfen. Wenn es im Europa der 27 nicht

möglich ist, muss die Euro-Gruppe vorangehen.

## 11. Gefordert ist gleichermaßen Solidität wie Solidarität.

Deshalb sind die Bestrebungen der Bundesregierung, mehr fiskalische Disziplin vertraglich festzuschreiben, grundsätzlich zu begrüßen. Dafür allerdings reicht die bloße Übernahme der bereits geltenden Stabilitäts- und Haushaltsregeln der EU in das europäische Vertragswerk nicht aus. Aus der Währungsunion muss eine echte politische Union mit einer gemeinsamen Finanz- und Steuerpolitik und mit gemeinsamen Entwicklungszielen für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Währungsraums werden. All das muss aber einhergehen mit der Bereitschaft, die Staatsfinanzierung der Mitgliedsländer auf eine gemeinschaftliche Basis zu stellen. Nur so können diese aus dem Würgegriff panischer Finanzmärkte befreit werden und nur so kann die Stabilität der Staatsanleihen des Euroraums wiederhergestellt werden, die eine zentrale Voraus-

setzung für die Funktionsfähigkeit wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Finanzsystems darstellt.

## 12. Dieser Weg setzt voraus, ...

... dass wir unseren Partnerländern vertrauen können. Dass Griechenland Statistiken gefälscht hat, steht außer Frage. Alle Krisenländer haben in den letzten Monaten gezeigt, dass sie bereit sind, große Opfer einzugehen, um ihren Beitrag für die Stabilität der Währungsunion zu leisten. Aus der Geschichte des heutigen Europas, das auf den Trümmern zweiter Weltkriege aufgebaut wurde, ergibt sich die solidarische Chance für einen Neuanfang. Deutschland hat heute den Schlüssel für die Zukunft der europäischen Integration wie das Wohlergehen von 330 Millionen Bürgern des Euroraums in der Hand. Es wäre fatal, wenn Europa an der Engstirnigkeit einer deutschen Regierung scheitern würde.

## SPD beendet Parteitag „Gut gerüstet“ für 2013

**Inhaltlich und personell gestärkt beendet die SPD ihren dreitägigen Bundesparteitag in Berlin. Mit wichtigen Beschlüssen in der Steuer- und Finanzpolitik, für Europa, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Rente, Familie und für mehr direkte Demokratie. Außerdem erneuert die SPD die Parteiorganisation. Das Ziel ist nun die Regierungsübernahme 2013.**

### Mitte-Links

Ausgesprochen gut gelaunt präsentierte sich der wiedergewählte Parteichef Sigmar Gabriel zum

Abschluss des Bundesparteitags der Presse. Seine Bilanz des dreitägigen Treffens in Berlin: „Wir haben gezeigt, dass wir inhaltlich

und personell etwas zu bieten haben.“ Zuvor hatten die Delegierten gerade das Steuer- und Finanzkonzept einstimmig be-



# Blickpunkte

geschlossen. Nach einer leidenschaftlichen Debatte vor allem um Abgeltungs- und Reichensteuer.

## **Geschlossen – auch bei kontroversen Themen**

Am Ende stellte sich der Parteitag geschlossen hinter das Konzept. Im Kern geht es dabei um konsequenten Schuldenabbau auf der einen und Investitionen in bessere Bildung auf der anderen Seite. Für diese Ziele sollen im Bundeshaushalt 16 Milliarden Euro eingespart werden und Bezieher hoher Einkommen durch einen höheren Spitzensteuersatz von 49 Prozent und die Wiedereinführung der Vermögensteuer mehr beitragen.

Besonders kontrovers wurde auch am Vortag der Bereich Rente diskutiert. Denn das Rentensicherungsniveau betrachten viele Delegierte vor allem bei Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen als zu niedrig. Antworten auf die Frage soll jetzt eine Kommission erarbeiten. Weiterhin positionierte sich der Parteitag für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, für die Begrenzung des Niedriglohnsektors, und gleiche Bezahlung in der

Leih- und Zeitarbeit sowie zwischen Frauen und Männern.

Für mehr direkte Demokratie sollen Volksentscheide auch auf Bundesebene eingeführt und eine „Volksgesetzgebung“ geschaffen werden. Der Drei-Klassen-Medizin tritt die SPD durch ihr Gesamtkonzept für die Bürgerversicherung entgegen, das auch im Bereich Pflege greifen soll.

Bessere Kinderbetreuung soll ein Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Geburtstag in einem Stufenplan bis 2020 sichern.

Außerdem hat sich die SPD eine neue, modernere Struktur gegeben. Damit haben Mitglieder mehr Entscheidungsrechte und Nichtmitglieder neue Möglichkeiten sich an der Arbeit der SPD zu beteiligen.

In den Wahlen wurde die Parteispitze gestärkt, als neue stellvertretende Vorsitzende die Hamburger Bundestagsabgeordnete Aydan Özoguz.

## **SPD ist Europapartei Deutschlands**

Einen besonderen Schwerpunkt des Parteitags bildete das Thema Europa: mit prominenten Gastrednern von Helmut Schmidt über den Präsidentschaftskandidaten der französischen Sozialisten,

Francois Hollande bis hin zum norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg. Im Parteitagbeschluss positionierte sich die SPD klar als die Europapartei Deutschlands: mit einer Stärkung der Institutionen, Solidarität mit den Partnern – aber auch scharfer Kontrolle der Haushaltsdisziplin und einer Rückbesinnung auf das Prinzip der Subsidiarität.

Ein besonderes Bekenntnis zu Europa gab der Parteitag auch zum Abschluss ab. Zusätzlich zum traditionellen Lied „Wann wir schreiten Seit’ an Seit’“ sang der Jugend-Chor Köln Beethovens 4. Satz der 9. Sinfonie, die Europahymne „Ode an die Freude“.

## **„Die nächste Bundesregierung wird von der SPD geführt“**

Die Beschlüsse sieht der Parteivorsitzende als Beleg für den „Wiederaufstieg der SPD nach der bitteren Wahlniederlage“ – und für die „Regierungsfähigkeit und Regierungswilligkeit“ der Partei. Die SPD verspreche nichts, was sie nicht halten könne, sie halte „Maß und Mitte: Mitte - Links“. „Die nächste Bundesregierung“, ist der Parteichef sicher, „wird von der SPD geführt“.

## ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG

### UNSER KAPITAL: DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT

STATION-Berlin, 4. - 6. Dezember 2011



++LIVE-STREAM++TICKER++VIDEOS++BERICHTE++BESCHLÜSSE++INTERVIEWS++HINTERGRÜNDE++LIVE-STREAM++TICKER++VIDEOS++



# Blickpunkte

## Schwarz-Gelbe Zwei-Klassen-Medizin SPD fordert einheitliche Honorare für alle Versicherten



© Sturm / pixelio.de

Wer auf dem Land lebt und einen Arzt aufsuchen will, der muss meist lange auf einen Termin warten, muss dann lange Anfahrtswege in Kauf nehmen und im Wartezimmer nochmals lange warten. In den Städten ist die Situation zwar besser. Doch hier herrscht ein Überangebot an Arztpraxen in einkommensstarken Stadtteilen, derweil sich in sozial schwächeren Gegenden weniger Ärzte niederlassen. Vor allem aber müssen sich Kassenpatientinnen und -patienten hinten anstellen, wenn es um eine zeitnahe Terminvergabe geht, und das gilt gleichermaßen für Stadt und Land.

Dazu kommen künftige Herausforderungen wie unsere stetig älter werdende Gesellschaft, der weitere Bevölkerungsrückgang in ländlichen Gebieten und der medizinisch-technische Fortschritt, der Auswirkungen auf die Kostenentwicklung hat.

FDP-Gesundheitsminister Daniel Bahr behauptet, mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz die

Situation zu verbessern. Doch für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar, er verbessert vor allem die Situation für Teile der Ärzteschaft. Deshalb sprach der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Lauterbach, in der Debatte auch von einem Ärzteversorgungsgesetz, das hauptsächlich die kassenärztliche Vereinigung stärke. Am 01. Dezember 2011 hat der Bundestag in 2./3. Lesung den Entwurf eines GKV-Versorgungsstrukturgesetzes beschlossen. Die SPD - Bundestagsfraktion hat dazu einen Entschließungsantrag (Drs. 17/8010) mit ihren Kritikpunkten und Verbesserungsvorschlägen ins Parlament eingebracht.

### Schwarz-Gelb verbessert Versorgung von Patienten nicht und verstärkt Hausärztemangel

Aus sozialdemokratischer Sicht sind die im Gesetzentwurf enthaltenen Maßnahmen nicht geeignet, um die medizinische Versorgung für die Patientinnen und Patienten heute und in Zukunft umfassend, nachhaltig wirksam und kosteneffizient zu verbessern. Anstatt die Lotsenfunktion der Hausärzte als ersten Ansprechpartner für Patientinnen und Patienten zu stärken, verschlechtert Schwarz-Gelb die Bedingungen für diese sogenannte hausarztzentrierte Versorgung. Damit nehmen sie in Kauf, dass der Mangel an Hausärzten weiter

zunehmen wird. Anstatt die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Medizinern sowie ärztlichen und nicht-ärztlichen Leistungserbringern voranzubringen, werde hier weiter das klassische Berufsbild des "Einzelkämpferarztes" gefördert, stellte die SPD-Abgeordnete Marlies Volkmer fest.

### Anstatt der Belange der Ärzteschaft gehört die Patientenperspektive in den Mittelpunkt

Zudem orientiert sich der Gesetzentwurf an den Belangen der Ärzteschaft und nicht an der Perspektive der Patientinnen und Patienten. Im Fokus steht die ärztliche Versorgung. Dabei wird weitestgehend ausgeblendet, dass auch nicht-ärztliche Berufsgruppen im Gesundheitsbereich, wie z. B. Krankenschwestern, Aufgaben übernehmen können, um die Versorgung zu verbessern. Deshalb fordert die SPD-Fraktion, dass alle Maßnahmen sich daran ausrichten müssen, ob sie den Menschen vor Ort umfassend und in guter Qualität medizinisch und pflegerisch versorgen. Dazu soll eine sektorübergreifende Bedarfsplanung unter Einbeziehung der Länder erfolgen.



# Blickpunkte



© Gerhardt / pixelio.de

## Ärztliche Überversorgung wirksam abbauen, um andersorts Unterversorgung zu bekämpfen

Schwarz-Gelb sehe keine Maßnahmen vor, um die ärztliche Überversorgung in den jeweiligen Regionen abzubauen, sagte die stellvertretende SPD - Fraktionsvorsitzende. Dadurch wird es ihnen auch nicht gelingen, an anderen Orten die Unterversorgung zu bekämpfen. Deshalb schlägt die SPD vor, dass die kassenärztlichen Vereinigungen verpflichtet werden, in überversorgten Gebieten frei werdende Arztsitze aufzukaufen und die Arztpraxen so zu schließen. Wer in der Stadt keine Praxis mehr eröffnen kann, orientiert sich eher Richtung Land. Zudem soll die schwarz-gelbe Regierung die von ihr eingeführten Hürden bei den Verträgen zur hausarztzentrierten Versorgung zurücknehmen.

## Einheitliche Honorarordnung für gesetzlich und privat Versicherte schaffen

Der unterschiedlichen Behandlung von Kassen- und Privatpatienten z. B. bei der Terminvergabe und den Wartezeiten in der Praxis setzt Gesundheitsminister Bahr nichts Wirksames entgegen. Um diese Ungerechtigkeiten zu be-

kämpfen, will die SPD eine einheitliche Honorarordnung für gesetzlich und privat Versicherte schaffen.

## Seriös kalkulieren, Zusatzbeiträge abschaffen, Bürgerversicherung einführen

Vorgesehene Regelungen im schwarz-gelben Gesetzentwurf, die mit Mehrkosten verbunden sind, sollen seriös berechnet werden. Nur so wird allen Beteiligten klar, mit welchen Belastungen künftig zu rechnen ist. Sie über die Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenversicherung bei den Versicherten abzuladen, ist sozial höchst ungerecht. Zudem sollen sich die Kostensteigerungen nach dem schwarz-gelben Gesetzentwurf nicht auf die Zahlungen des Bundes für den sogenannten Sozialausgleich niederschlagen, sondern diese soll die Gemeinschaft der Krankenversicherten tragen. Damit brechen Union und FDP ihre Zusage, der Sozialausgleich werde aus Steuermitteln finanziert. Die Sozialdemokraten fordern die Abschaffung der Zusatzbeiträge und des bürokratischen Pseudosozialausgleichs. Anstatt dessen wollen sie zu Beitragszahlungen zurückkehren, die von Versicherten und Arbeitgebern zu gleichen Teilen geleistet werden. Darüber hinaus soll ein Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung vorgelegt werden.

## Anzahl an spezialärztlichen Praxen steuern

Dass Krankenkassen ihren Versicherten, wie im schwarz-gelben Gesetzentwurf vorgesehen, Leistungen von nicht zugelassenen

Leistungserbringern, anbieten dürfen, lehnt die SPD-Fraktion ab. Denn dadurch werden die Versorgungsqualität und die Möglichkeit der Versorgungssteuerung geschwächt. Ebenso kritisieren die Sozialdemokraten den schwarz-gelben Grundsatz „wer kann, der darf“ im Hinblick auf die spezialärztliche Versorgung. Aus ihrer Sicht muss es Instrumente zur Steuerung der Menge an Spezialärzten und zur Bedarfsplanung geben, da ansonsten die Kosten explodieren und die Attraktivität der Allgemeinmedizin weiter geschwächt wird.

## Einschränkungen bei Medizinischen Versorgungszentren zurücknehmen

Zudem sind die von Schwarz-Gelb im Gesetzentwurf vorgesehenen Einschränkungen bei Gründung und Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren zurückzunehmen. Damit entsprechen Union und FDP lediglich den Wünschen der kassenärztlichen Vereinigung, nicht aber den Interessen von Patientinnen und Patienten sowie vieler Ärzte. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch Hausärzte ohne Zwang zur fachübergreifenden Ausrichtung Medizinische Versorgungszentren gründen dürfen. Alle an der Versorgung der gesetzlichen Krankenversicherung teilnehmenden Leistungserbringer wie z. B. Krankenhäuser oder Apotheken sollen Medizinische Versorgungszentren betreiben können.

## SPD-Positionspapier liegt seit April vor

Die Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion hatte



# Blickpunkte

bereits im April 2011 ein umfangreiches Positionspapier vorgelegt,

das zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der gesundheitli-

chen Versorgung im gesamten Land enthält.

## Solidarische Gesundheitspolitik für alle

**Die SPD will mit der Bürgerversicherung einen grundsätzlich neuen Weg im Gesundheitswesen und der Pflege gehen. Ziel ist es, gegen die zunehmende Zwei-Klassen-Medizin vorzugehen, sagte Generalsekretärin Andrea Nahles. Es soll nicht länger von der Versicherungskarte (privat oder gesetzlich) abhängen, wie jemand behandelt wird.**



© Kuhlemann / pixelio.de

### Kopfpauschale und Zusatzbeiträge

Seit der letzten Bundestagswahl führt ein FDP-Minister das Gesundheitsministerium. Ergebnis dieser Regierungspolitik sind unter anderem Kopfpauschalen, Zusatzbeiträge alleine für Arbeitnehmer sowie das Einfrieren von Beiträgen der Arbeitgeber. Dieser Klientelpolitik von Union und FDP zugunsten der Lobby der Apotheker, der Pharmaindustrie und Versicherungsvertreter stellt die SPD mit der auf dem Parteitag beschlossenen Bürgerversicherung in der Gesundheit eine klare Alternative entgegen.

Sie gewährleistet Gleichbehandlung und verhindert massiven Kostenanstieg für Gesetzlich- und Privatversicherte. Auch für die Pflege streben die Sozialdemokraten eine Bürgerversicherung an, deren Kosten Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen tragen. Zudem soll Pflege durch Angehörige und professionelle Helfer aufgewertet und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt werden.

### Bürgerversicherung heißt die Alternative

Was bedeutet die Bürgerversicherung im Gesundheitssystem? Das lange erarbeitete Konzept der SPD sieht vor, dass es nur noch ein Versicherungssystem für alle Bürgerinnen und Bürger gibt. Auch die privaten Versicherungsunternehmen können die Bürgerversicherung anbieten. Ziel sei es, dass allein die Krankheit dafür ausschlaggebend ist, wie und wann jemand behandelt wird und nicht die Versicherungskarte, betonte Nahles.

### 3-Klassen-Medizin?

**Nicht mit uns!** Die Bürgerversicherung

Im Gegensatz zu Union und FDP strebt die SPD ein gerecht finanziertes Gesundheitswesen an. „Wir wollen die paritätische Finanzierung. Das ist gerecht“, sagte Nahles. Die Arbeitgeber sollen wieder zur Hälfte an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligt werden. Die Arbeitnehmer werden im Gegenzug um fünf Milliarden Euro entlastet. Die Arbeitnehmerbeiträge sinken. Aber nur diejenigen Arbeitgeber müssen mehr zahlen, die besonders hohe Löhne zahlen und Boni, wie zum Beispiel Banken und Versicherungen. „Ja, die Bürgerversicherung ist parteiisch“, sagte die SPD-Generalsekretärin. „Parteiisch, weil sie die Interessen der Rentner, der Arbeitnehmer sowie der Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen, vertritt.“



# Blickpunkte

## Schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik wird zum Konjunkturrisiko

**Die wirtschaftliche Lage in Deutschland trübt sich ein. Die schwarz-gelbe Regierung versäumt es, wirtschaftspolitisch gegenzusteuern. Die SPD-Fraktion fordert Investitionen in Bildung und Infrastruktur statt ungedeckte Steuersenkungen, die die Haushalte belasten und bei den Menschen sowieso nicht ankommen.**



© Arnold / pixelio.de

In ihrem Herbstgutachten 2011 sagen die Wirtschaftsforschungsinstitute einen deutlichen Wachstumseinbruch voraus. Die Wirtschaftsforscher verbinden ihre Prognose mit deutlicher Kritik am Krisenmanagement der europäischen Regierungen in der Schuldenkrise.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat dazu durch ihre Politik des Zögerns und Zauderns maßgeblich beigetragen. Sie ist zum Zukunftsrisiko für Deutschland und Europa geworden. Nun wird deutlich, dass die schwelende Finanzkrise erneut auf die Realwirtschaft übergreift.

Die Verunsicherung bei den Unternehmen wächst. Vor allem Investitionen würden zurückgehalten, warnte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Garrelt Duin, am Freitag im Bundestag. „Das ist für die wirtschaftliche Entwicklung eine große Gefahr.“

Doch die Bundesregierung hat kein Konzept für eine aktive Wirt-

schaftspolitik zur Stabilisierung der Konjunktur. Inzwischen werten viele Unternehmen die schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik als Risikofaktor, wie beispielsweise der Deutsche Industrie- und Handelskammertag feststellte. Duin forderte die Koalition auf, die Warnsignale ernst zu nehmen: „Ruhen Sie sich nicht aus auf dem Aufschwung der hinter uns liegt, sondern fangen sie an, die Weichen richtig zu stellen.“

### SPD fordert aktive Wirtschaftspolitik

In einem Antrag, den die SPD-Fraktion am Freitag in den Bundestag einbrachte, formulieren die Sozialdemokraten ihre Forderungen für eine aktive Wirtschaftspolitik, die die konjunkturelle Entwicklung stabilisiert und einem Einbruch der Wirtschaft vorbeugt:

- Um die Grundlagen der Volkswirtschaft zu stärken, muss die Abhängigkeit von den Risiken und Schwankungen des Weltmarktes durch eine Stärkung der Binnen-nachfrage flankiert werden. Investitionen schaffen Arbeitsplätze, sorgen für zusätzliches Einkommen und sichern die Wissens- und Fachkräftebasis. Deshalb braucht das Land eine Stra-

tegie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

- Die von Schwarz-Gelb angekündigten Steuersenkungen, die bei den Menschen ohnehin nicht ankommen, sind angesichts der schwächelnden Konjunktur unverantwortlich. Sie gefährden sowohl die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als auch die Spielräume für Investitionen.
- Angesichts der Risiken für den Arbeitsmarkt ist es unverständlich, dass Union und FDP die Regelung zur Förderung der Kurzarbeit bereits Ende 2011 auslaufen lassen will. Um negativen Entwicklungen am Arbeitsmarkt kurzfristig vorbeugen zu können, muss die erleichterte Sonderregelung zum Bezug von Kurzarbeitergeld als dauerhaftes Instrument der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen, das die Regierung ermächtigt, die Regelungen im Bedarfsfall per Rechtsverordnung kurzfristig in Kraft setzen zu können.

### Prognose der Wirtschaftsforscher

Die Wirtschaftsforschungsinstitute hatten in ihrem Herbstgutachten 2011 ihre Wachstumsprognose nach unten korrigiert: Nach 3,7



# Blickpunkte

Prozent im letzten und 2,9 Prozent in diesem Jahr wird für 2012 nur noch ein Wachstum von 0,8 Prozent erwartet. Im Frühjahr waren die Institute für kommen-

des Jahr noch von einem Wachstum von 2 Prozent ausgegangen. Für die letzten drei Monate dieses Jahres erwarten die Wirtschaftsforscher sogar einen leichten

Rückgang der Wirtschaftsleistung. In der Folge rechnen die Institute auch mit einem langsameren Rückgang der Arbeitslosigkeit.

## Schwarz-gelb gefährdet die kommunale Abfallwirtschaft

**Die Bundesregierung gefährdet mit den geplanten Änderungen im Abfallrecht massiv die kommunale Abfallwirtschaft. Auf Druck der Entsorgungswirtschaft soll dieser die Möglichkeit verschafft werden, sich rentable Entsorgungsbereiche auszusuchen. Folge werden steigende Abfallgebühren der Kommunen sein, fehlt diesen dann doch jede Möglichkeit, unrentable Entsorgungsbereiche mit den Einnahmen aus anderen Bereichen zu subventionieren.**



© Schonemann / pixelio.de

Nach dem Prinzip der Daseinsvorsorge gehört der Hausmüll inklusive seiner wertvollen Teile in die Hände der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsunternehmen. Für sie entstehen mit dem neuen Gesetz Gefahren und Unwägbarkeiten. Erst am 20. Oktober legte Schwarz-Gelb nach vielfacher Kritik aus Kommunen und Landkreisen Kompromissvorschläge vor, die die Abfallsammlung durch private Entsorgungsunternehmen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf einschränken sollen. Zwar stimmt hier die Richtung, aber die Kom-

promisse reichen nicht aus. Denn durch neue unbestimmte Rechtsbegriffe werden zusätzliche Unsicherheiten ausgelöst.

### Abfallsammlung durch Private soll gestärkt werden

So ist die Gleichwertigkeitsklausel sehr problematisch. Danach soll eine Abfallsammlung durch ein privates Entsorgungsunternehmen zugelassen werden, wenn sie höherwertig ist. Dabei bleiben die Kriterien für die Höherwertigkeit unklar. So kann ein besserer Abholrhythmus oder ein besserer Service bei sonstiger Gleichwertigkeit dafür ausreichen, eine gewerbliche Sammlung zu zulassen. Da die Kommunen im Gegensatz zu den privaten Unternehmen verpflichtet sind, Abfälle zu entsorgen, können sich die gewerblichen Anbieter die Abfälle aussuchen, die sie entsorgen und die als Wertstoffe ihre Kassen klingen lassen. Auf den unrentablen Abfällen bleiben dann die öffentlich-rechtlichen Entsorger

sitzen. Außer Acht gelassen wird dabei, ob das öffentlich-rechtliche Entsorgungsunternehmen durch gewerbliche Sammlungen in seinem Bestand gefährdet ist oder ob diese zu Gebührenerhöhungen führt. Die SPD-Fraktion rechnet damit, dass es durch die Gleichwertigkeitsklausel zu zahlreichen Gerichtsverfahren kommen wird. Durch die Definition der gewerblichen Sammlungen in Paragraph 3 Absatz 18 des Gesetzes besteht im Zusammenhang mit der Gleichwertigkeitsklausel zudem die Gefahr, dass die Abfall-Aufgabe den Kommunen nicht mehr „eigentümlich und vorbehaltlos“ zugeschrieben werden kann. Dadurch wären sie dann als umsatzsteuerpflichtige Betriebe gewerblicher Art einzustufen. Wenn die kommunalen Entsorger den vollen Mehrwertsteuersatz zahlen müssen, steigen auch die Abfallgebühren. Dieses Vorhaben hatten Union und FDP bereits in ihren Koalitionsvertrag geschrieben.



# Blickpunkte

## Löhne und Gehälter werden nicht berücksichtigt

Bei der Gleichwertigkeitsklausel werden die Löhne und Gehälter der Beschäftigten nicht berücksichtigt werden. Es ist ein Unterschied, ob ein Müllwerker in einem Kommunalbetrieb einen ordentlichen Tariflohn bekommt oder in einem privaten Unternehmen für einen Mindestlohn von 8,33 Euro arbeitet und damit zusätzlich bei der Arge eine Aufstockung beantragen muss.

## Ökologischer Fehlschlag

Auch aus ökologischer Sicht und im Hinblick auf den Ressourcenschutz ist das Gesetz eine Enttäuschung. Anstatt die fünfstufige Abfallhierarchie (Abfallvermeidung, Vorbereitung der Abfälle zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige, insbesondere energetische Verwertung der Abfälle, Abfallbeseitigung) umzusetzen und das Recycling zu stärken, wird die dreistufige Abfallhierarchie fortgesetzt. Abfallvermeidung

wird nur als Wort aufgenommen, gestärkt wird sie nicht. Die Recyclingquoten sollen auf ein Niveau angehoben werden, das längst in Deutschland erreicht ist. Höhere ambitionierte Quoten würden dem Ressourcenschutz dienen und den technischen Vorsprung der deutschen Recyclingwirtschaft sichern, doch diese Chancen hat die Regierung nicht genutzt.

## Regierung soll Kinderschutzgesetz verbessern Finanzielle Ausstattung der Kommunen sichern

**Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen, ist Aufgabe der Eltern, aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bund, Länder und Kommunen sind hier in gemeinsamer Verantwortung. Förderung und Prävention sind die besten Mittel, um Kinder und ihre Familien effektiv zu unterstützen und Kinder vor Gefährdungen zu schützen.**



© Schwesig / SPD.de

Nach dem tragischen Fall des zweieinhalbjährigen Kevin, der 2006 tot im Kühlschrank seines Stiefvaters gefunden wurde, sei viel für den Kinderschutz getan worden, sagte die stv. SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig. Bund und Länder haben eine Reihe von Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht. Dazu gehören beispielsweise das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder-

und Jugendhilfe (KICK), das Gesetz zur Erleichterung von familienengerichtlichen Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls, die Etablierung verbindlicher Einladungssysteme für Früherkennungsuntersuchungen, der Auf- und Ausbau von Frühen Hilfen vor Ort, die Qualifizierung der Praxis in den Jugendämtern, die Einführung „insoweit erfahrener Fachkräfte“ im Kinderschutz vor Ort sowie die Umsetzung von entsprechenden Verfahren und Standards bei freien Trägern der Jugendhilfen.

## SPD-Fraktion hat Entschlie- Bungsantrag eingebracht

Das Bundeskinderschutzgesetz der Bundesregierung geht nach

Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion in die richtige Richtung. Denn die Hilfenetzwerke vor Ort und die frühen Hilfen für Eltern sollen gestärkt werden. Dennoch haben sich die SPD-Abgeordneten bei der Abstimmung am 27. Oktober 2011 enthalten und einen Entschließungsantrag (Drs. 17/7529) eingebracht, der Punkte benennt, die zu verbessern und zu klären sind.

Der Kinderschutz, sagte Caren Marks dürfe nicht auf halber Strecke stehen bleiben und sei nicht zum Nulltarif zu haben. Die von Schwarz-Gelb geplanten Steuer-senkungen würden Länder und Kommunen finanziell weiter in die Enge treiben. Wenn in den Städten und Gemeinden Hilfsan-



# Blickpunkte

gebote für Familien verbessert werden sollen, müsse die Finanzkraft der Kommunen gestärkt werden. Dafür solle sich Familienministerin Schröder endlich einsetzen.

Des Weiteren fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung unter anderem auf:

- Eine nationale Präventionsstrategie und ein bundesweites Präventionsgesetz zu implementieren.
- Gemeinsam mit den Ländern darauf hinzuwirken, dass bei der Aus- und Fortbildung von medizinischen Berufsgruppen, die regelmäßig mit Kindern und Jugendlichen Kontakt haben, das richtige Erkennen und angemessene Reagieren bei Verdachtsfällen von Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung stärker berücksichtigt wird.
- Den Zeitraum, in dem die abrechenbaren Hausbesuche von Hebammen in Anspruch genommen werden können, auf die ersten sechs Lebensmonate des Kindes auszuweiten.
- Den bundesweiten Einsatz von Familienhebammen zu verbessern.
- Zu überprüfen, inwieweit die Regelung (§ 294a SGBV) eine Übermittlung der erforderlichen Daten aus der ambulanten und stationären Krankenbehandlung in Bezug auf Misshandlungs-, Missbrauchs- und Vernachlässigungsdiagnosen erschwert.
- Zu prüfen, wie Verfahren zu Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche weiter verbessert werden können und wie eine unabhängige Ombudschaft in der Jugendhilfe strukturell verankert werden kann.
- Zu prüfen wie ein vorbehaltloser Rechtsanspruch auf Beratung für Kinder und Jugendliche realisiert werden kann.
- Regelungslücken hinsichtlich des Schutzes des Kindeswohls in Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie in Unternehmen, die regelmäßig Kontakt mit Kindern und Jugendlichen haben (z.B. Anbieter von Kinder- und Jugendreisen) zu schließen.
- Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

## Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

### U3-Kinderbetreuung weiter ausbauen



Kreis Borken/Kreis Steinfurt. Mehrere Monate war die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer in Rathäusern, Jugendämtern und Kindertagesbetreuungseinrichtungen ihres Wahlkreises unterwegs, um sich ein Bild vom Ausbau der Unter-Dreijährigen (U3)-Betreuung zu machen. Die Erkenntnisse aus ihrem "Praxistest" hat die Bundespolitikerin jetzt mit NRW Familienministerin Ute Schäfer (SPD) (i. Bild li.) diskutiert. 'Grundsätzlich sind wir beim Ausbau der U3 Betreuung schon ein ganzes Stück vorwärts gekommen. In der überwiegenden Mehrzahl der Städte und Gemeinden in den Kreisen Borken und Steinfurt kann der gegenwärtige Bedarf durch die vorhandenen Kitaplätze und Tagesmütter gedeckt werden', berichtete Arndt-Brauer.



# Blickpunkte

Klar geworden sei aber auch, dass es der Status quo keineswegs rechtfertige, in den Bemühungen zum U3-Ausbau nachzulassen. Der Bedarf werde ohne Zweifel weiter steigen, nicht zuletzt auch aufgrund des ab 2013 geltenden Rechtsanspruchs auf einen U3-Kinderbetreuungsplatz. Die Bundestagsabgeordnete würdigte das Engagement der rot-grünen NRW-Landesregierung, die seit der Regierungsübernahme damit beschäftigt ist, die Defizite der Vorgängerregierung beim U3-Ausbau zu kompensieren. 'Dadurch, dass es jetzt über die Bundesmittel hinaus wieder eigene Landesmittel gibt, konnten die größten Engpässe erst einmal überbrückt werden', so Arndt-Brauer.

Die Ministerin verwies auf das schwere schwarzgelbe Erbe und betonte, dass es trotz angespannter Haushaltslage gelungen ist, den Kommunen schon 2011 und 2012 insgesamt 310 Mio. Euro des 400 Mio. Euro umfassenden U3-Landessonderprogramms zur Verfügung zu stellen. Dazu die Bundespolitikerin: 'Finanzhilfen des Landes werden auch zukünftig benötigt und müssen daher verstetigt werden. Die Städte und Gemeinden im Münsterland brauchen für jeden Kitaplatz hinsichtlich Förderdauer und -höhe ein Maximum an Planungssicherheit'. Wiederholt Probleme mache einigen Kommunen auch, dass die in diesem Jahr bewilligten Landesmittel bis Ende 2011 ausgegeben werden müssen. Diese Vorgabe lasse sich oft nicht oder nur sehr schwierig umsetzen. Baumaßnahmen benötigten von der Planung über die Genehmigung und Umsetzung häufig schlichtweg mehr Zeit.

Für Ingrid Arndt-Brauer ist klar, dass auch der Bund beim U3-Ausbau noch stärker finanziell gefordert sei: 'Ministerin Schröder muss schleunigst mit den Ländern einen 'Krippengipfel' organisieren.' Das noch in der großen Koalition beschlossene 4 Mrd. Euro-Paket des Bundes werde dem zu erwartenden Bedarf nicht gerecht. Geld genug sei in jedem Fall vorhanden, nur müsse es an der richtigen Stelle ausgegeben werden. Sie fordert Schröder daher auf, auf teure und fragwürdige Vorhaben wie Betreuungsgeld und Steuersenkungen zu verzichten und stattdessen mehr in die frühkindliche Förderung zu investieren. 'Es wird Zeit, dass die Ministerin die von ihr immer geforderte Wahlfreiheit für Eltern endlich erfüllt. Diese bleibt ohne eine bedarfsge-

rechte Zahl von Kitaplätzen oder Tagesmüttern nur ein reines Lippenbekenntnis.'

## Kein schnelles Internet für alle

*Kreis Steinfurt/Kreis Borken.* Schnelle Internetverbindungen sind mittlerweile Teil der Daseinsvorsorge. In ländlichen Räumen, wie im Münsterland, gibt es jedoch noch 'weiße Flecken', wo eine leistungsfähige Breitbandverbindung fehlt. 'Mit dem jetzt beschlossenen Gesetz zur Änderung telekommunikationstechnischer Regelungen (TGK) verweigert die Regierungskoalition vielen Menschen Teilhabemöglichkeiten am technischen Fortschritt und lässt wirtschaftliche Potenziale ungenutzt', berichtet die heimische Bundespolitikerin Ingrid Arndt-Brauer (SPD).

Unverständlich ist vor allem, dass die Koalition sich auch weiterhin einer gesetzlichen Absicherung der Breitband-Grundversorgung verweigert. Bei ihrer Rede im Parlament bezeichnete die münsterländische FDP-Bundestagsabgeordnete Claudia Bögel eine solche Regelung als 'Zwangsbeglückung'. Für Arndt-Brauer ein glatter Wortbruch: 'Hat doch Frau Bögel immer betont, sich für den Breitbandausbau in ländlichen Gebieten zu engagieren.'

Eine der zentralen politischen Aufgaben muss es sein, schnelles Internet für alle zu verwirklichen. Nach den Ankündigungen der Mobilfunkunternehmen rückt mit dem bereits begonnenen Ausbau eine flächendeckende Versorgung nahe, wird aber immer noch nicht vollständig umgesetzt. Um die drohende verbleibende Lücke zu verhindern, hat die SPD-Bundestagsfraktion eine europarechtskonforme Universalienstverpflichtung vorgeschlagen. Damit wäre das Problem der "weißen Flecken" endgültig gelöst.

Zudem hat die SPD-Bundestagsfraktion dargelegt, welche weitergehenden Initiativen notwendig sind, um neben einer Grundversorgung auch für eine dynamische Entwicklung durch einen weiteren Glasfaserausbau zu sorgen. Planungsrechtliche Vorgaben und staatliche Förderprogramme müssen verbessert und erweitert werden, damit Wirtschaftlichkeitslücken schrittweise geschlossen werden. Alleine durch ein Sonderprogramm Breitbandausbau bei der KfW und damit verbundene Zinsverbilligungen könnten zusätzliche Investitionen in Milliardenhöhe angestoßen werden.